

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Direktionsstelle
Tageblatt Riesa.
Numm. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Postdirektion:
Dresden 1580.
Postfach:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Nr. 195.

Donnerstag, 22. August 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zusatz. Für den Fall des Eintretens von Produktionsschwierigkeiten, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckschrift-Spalte (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Postkarte 100 Gold-Pfennige; seitenüberein und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Taxe. Benötigter Rabatt erlässt, wenn der Betrag verhältnis, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeläge benötigen keine Rechtfertigung. Der Rechtfertigungserfordernis des Besitzes des Druckerei-, des Verleger's oder der Verleihungsbehörden - hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die üblichen ergebnislosen Ministerbesprechungen. „Graf Zeppelin“ leicht beschädigt. — Der Start nach Amerika verschoben.

Trübe Aussichten im Haag.

Haag. (Telefon.) Die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz werden nach dem Mittwochvortag allgemein höchst pessimistisch beurteilt. Die Lage ist gegenwärtig weit schwieriger und Hoffnungsloser als zu Beginn der Konferenz. Man hat die erste Woche der Konferenzarbeiten mit endlosen Gesprächen verstreichen lassen, hat dann genaue Zeit gebraucht, um sich über den Kurs der englischen Haltung in der Verteilung der deutschen Tributzahlungen klar zu werden und hat dann schließlich versucht, England durch geringfügige finanzielle Angebote abzuwenden.

Das ist nicht gelungen. Die politischen Fragen sind hierbei als nebenständlich behandelt worden. Die französische Regierung ist einer Entscheidung immer wieder aus dem Wege gegangen.

Die politischen Fragen sind erst mit dem Schritt der deutschen Regierung wieder in den Vordergrund gerückt worden. Der deutsche Schritt ist zunächst noch ohne Erfolg geblieben. Zum erstenmal hat sich aber bezeichnenderweise jetzt die Frage vorgezogen, wer für einen Zusammenschluss der Konferenz die Verantwortung zu tragen hat. Der bisher von der deutschen Regierung beschritten Weg, durch entgegengesetzte Haltung und Angleichung die früheren alliierten Mächte, vor allem Frankreich, zu einem Rückschlag zu bewegen, hat sich als Fehlweg erwiesen.

Eine Verlängerung der Konferenz an dem Ergebnis der Mittwochverhandlung unmittelbar bevorzuge. Die Schiedsmittelbesprechung hat in den Konferenzräumen einen sehr niederrückenden Eindruck hervorgerufen. Die Aussichten für eine Weiterführung der Verhandlungen werden sehr gering beurteilt. Ein praktischer Ausweg aus der völlig Hoffnungslosen Lage der Konferenz besteht kaum mehr. Nirgends sieht man einen neuen Gedanken, einen neuen Vorschlag oder eine neue Anregung, die die Konferenz in ein anderes Stadium bringen könnte. Es bleibt nur noch die Verhandlung übrig.

Auf französischer Seite wird offenbar schon heute mit großer Sicherheit mit einer Verlängerung der Konferenz gerechnet. Die Verantwortung will man naturngemäß ausschließlich auf die gegenwärtige englische Regierung abwälzen, der man rein innerpolitische Beweggründe unterschreibt. Das Ergebnis einer Verlängerung wird zunächst für Deutschland eine ernste und schwere Lage schaffen. In letzter Stunde kann vielleicht noch verucht werden, ein Provisorium für den Übergang vom Dawesplan zum Youngplan zu schaffen. Eine Verlängerung würde für Deutschland bedeuten, daß die Räumung der Rheinlande auf unbekümmte Zeit hinausgeschoben wird, daß die französische Forderung auf eine Kontrollkommission im Rheinland bestehen bleibt, daß die Saarfrage aufergelegt ist und daß die finanzielle Lage Deutschlands gegenüber seinen Gläubigern völlig ungünstig bleibt. Eine Verlängerung würde ironischen Verschleierungsvorwürfen zunächst einen würdigen Abstand jenes Vertrages bedeuten, die Folgen des Weltkrieges im Westen Europas zu liquidieren.

England und Frankreich haben sich gleich nach der Sitzung in ihren Hotels eingeschlossen und jegliche Mitteilung an die Presse auf das entschiedenste verwirkt, was in schroffem Gegentau an den sonst üblichen weitherrigen Mitteilungen steht, die man auf französischer Seite der eigenen Presse zu machen pflegt. Die englische Abordnung ist höchst unentschärft unterstützt und wird auf einem Zusammenschluß der Konferenz in London als Sieger empfangen werden. Die deutsche Regierung dürfte dagegen damit in eine der schwersten Stufen des Nachkriegszeit eingetreten.

Die Schuld an dem Zusammenbruch der Verhandlungen liegt jedenfalls nicht an Deutschland. Die deutsche Regierung hat den Youngplan angenommen und damit die Grundlage für die endgültige Räumung des Rheinlandes geschaffen. Die englische Regierung ist, wie wiederholt zum Ausdruck gebracht, unzufrieden mit der jetzigen Räumung des Rheinlandes eingetreten, wodurch sie dazu, ob der Youngplan angenommen wird oder nicht. Die französische Regierung ist es gewesen, die aus der Rheinlandräumung ein Taxifordert politischen Charakters gemacht, die eine Räumung nur zulassen will, wenn die französischen Sonderansprüche in der Saarfrage, in der Kontrollkommission und in der Räumung der deutschen Tributzahlungen von den übrigen Mächten angenommen werden. Die Verantwortung für einen Zusammenschluß der Konferenz und den Zusammenschluß der endgültigen Räumung der westlichen Fragen liegt dementsprechend bei Frankreich.

Die gestrigen Besprechungen im Haag.

Haag. Der gestrige ereignisreiche Nachmittag brachte in erster Linie die Besprechung der vier an der Rheinlandfrage interessierten Mächte, die in Fortsetzung der vorigen am gestern nachmittag 4 Uhr anberaumten und wieder im Hotel des englischen Delegation stattfand. Sie dauerte fast 1½ Stunden. Ihr war eine einstündige Besprechung zwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem französischen Ministerpräsidenten Briand vorangegangen, zu der sich Briand im Hotel der deutschen Delegation eingefunden hatte. Als Ergebnis der Besprechung kann vorläufig festgestellt werden, daß am Freitag nachmittag eine Sitzung des politischen Komitees der Konferenz stattfinden soll, das seit Wochen nicht mehr zusammengetreten ist.

Haag. Die gestrige Nachmittagssitzung der vier an der Rheinlandfrage interessierten Mächte hat augenscheinlich noch kein abschließendes Ergebnis gezeigt, weshalb heute nachmittag um 4 Uhr eine erneute Besprechung der gleichen Mächte stattfindet.

Haag. Gestern nachmittag 5 Uhr 30 traten im Konferenzgebäude die Delegierten der sechs einladenden Mächte der Haager Konferenz, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan zu der angekündigten Sitzung zusammen.

Haag. Die gestrige Sitzung der sechs einladenden Mächte, deren Ablauf mit großer Spannung erwartet wurde, dauerte insgesamt 2½ Stunden. Nach ihrer gegen 8 Uhr abends erfolgten Beendigung wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen im gleichen Gremium Donnerstag vormittag 10 Uhr 30 fortgesetzt werden sollen.

Paris. Der Vertreter von Savoia im Haag meldet über die Beratung, die die Delegierten der vier Gläubigermächte gestern gehabt haben, man habe die aus dem Bericht der Finanzverhandlungen zu ziehenden Schlüsselelementen geprägt. Dieser Bericht weise Weisungsberechtigtheiten in der Bewertung der in dem Memorandum vom 16. August enthaltenen Vorschläge auf, te nachdem die Berechnung von englischen Sachverständigen oder von den Sachverständigen der anderen Länder ange stellt worden sei.

Unter diesen Umständen scheint man folgendes Verfahren einzuschlagen zu wollen: Ohne weiter über das Ausmaß ihrer früheren Angebote zu diskutieren, würden die Delegationen Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans England den Vorschlag machen, durch den Mechanismus des Young-Plans selbst die Deckung seiner Verpflichtungen, die sich auf 2 400 000 Pfund Sterling belaufen, in Höhe von 50 Prozent zu garantieren. Diese Ziffer von 50 Prozent entspricht der französischen Bewertung der interalliierten Vorschläge vom 16. August, die in dieser Darstellung wenigstens klar wäre. Die englische Delegation würde mit hinreichendem Einvernehmen über die für durch die Ausführung des Young-Plans verfügbaren Mittweite. Allerdings würde die englische Forderung nur zur Hälfte erfüllt, aber man müsse doch betonen, daß der Unterschied kaum 8 Prozent des Gesamtmittels Großbritanniens ausmache.

Haag, 21. August. Zu den politischen Fragen, die die Rheinlandräumung betreffen, ist dem Bericht nach in der heutigen Nachmittagssitzung festgestellt worden, daß der Unterschied der Aufstellung noch ein sehr großer ist und es ist deshalb die Fortsetzung dieser Beratungen für Donnerstag zur gleichen Nachmittagssitzung beschlossen worden. Um was es sich dabei handelt, bedarf keiner besonderen Erörterung. Es sind die Fragen der Räumung und die finanziellen damit zusammenhängenden Sonderprobleme. Eine Erörterung der Forderungen, die dem Jurisdiktionsausschuß untertraut worden sind und die sich aus dem französischen Wunsche nach einer „Rechtsstellungs- und Verbindungscommission“ ergibt, wurde deutlichst abgelehnt, zumal das Hauptthema, also die Frage der Räumung, von der Gegenseite noch nicht zur Diskussion gestellt wurde und die Aufgabe des Jurisdiktionsausschusses nach mehreren Tagen nicht weitergefördert werden konnte.

Haag, 21. August. Das über die heutige nachmittagssitzung abgehaltene Sitzung der sechs einladenden Mächte herausgegebene amtliche Communiqué lautet wie folgt: Auf Einladung Dr. Stresemanns sind die Delegationen der sechs einladenden Mächte heute nachmittag fünf Uhr zusammengetreten, um eine Untersuchung der gegenwärtigen Lage des Werkes der Konferenz und der Maßnahmen vorzunehmen, die zur Erreichung von Ergebnissen getroffen werden sollen. Die Erörterungen werden morgen vor mittag um 10.30 Uhr fortgesetzt.

Die heutige Sitzung von politischer Bedeutung

Haag. (Funkspur.) Die heutige morgen um 10 Uhr begonnene Sitzung der sechs einladenden Mächte dauerte etwa eine Stunde und endete mit einer Verlängerung auf morgen nachmittag 4 Uhr 30.

Wie man erhält, fasse die Vorbereitung die Diskussion dahin zusammen, daß der deutsche Antrag allen Beteiligten die Notwendigkeit vor Augen geführt habe, so lange zusammen zu bleiben, bis eine glückliche Lösung gefunden werden sei.

Haag. (Funkspur.) Die heutige Sitzung der 6 Mächte steht trocken verhältnismäßig kurzen Dauer eine erhebliche politische Bedeutung gehabt zu haben. Die Tatsache, daß zunächst durch den deutschen Antrag und dann durch die gestrige und heutige Diskussion, die sich daran anknüpfe, den verschiedenen Beteiligten und vor allen Dingen den Kreislauf auf der Gegenseite die Verantwortung für die Entwicklung der Dinge vor Augen geführt wurde, scheint zu einer ziemlich allgemeinen Bemühung um die Rettung der Konferenz und zwar in ihrem ganzen Aufgabenkomplex zu führen gegeben zu haben. Neuerungen wie diejenigen des Vorsitzenden Japans oder Briands, wonach der deutsche Antrag auf Eventualbehandlung eines Provisoriums für den 1. 9. doch wohl nur für den äußersten Fall ins Auge zu räumen sei und das man versuchen müsse, zunächst zu einer Einigung zwischen den Gläubigermächten, also auf diesem Wege auch zu einer Gesamtlösung zu gelangen, liefern dafür einen Beweis. Es hat offensichtlich psychologisch einen starken Eindruck auf alle Mächte gemacht, daß sie vor die Folgen eines Zusammenbruchs oder einer ergebnislosen Verlängerung der Konferenz gestellt wurden.

Amtliches Communiqué über die heutige Sitzung der 6 Mächte.

Haag. (Funkspur.) Das amtliche Communiqué über die heutige Vormittagssitzung lautet: Die Delegierten der 6 Mächte sind heute vormittag 10.30 Uhr zusammengetreten, um die Prüfung der Konferenzarbeiten fortzusetzen und haben einstimmig beschlossen, die privaten Unterhaltungen sofort wieder anzunehmen und sie ohne Unterbrechung mit der letzten Absicht nachdrücklich fortzuführen, zu Schlüsselelementen zu gelangen, die sie einer neuen Zusammenkunft der Delegierten morgen nachmittag vorlegen werden.

Eine nachdrückliche Forderung Stresemanns.

Haag. (Funkspur.) Für den Fall des Scheiterns der jetzt imuge befindlichen Bemühungen hat Dr. Stresemann heute bereits eine nachdrückliche Forderung erhoben, nämlich die nach Übernahme einer öffentlichen Befreiung, auf der der deutsche Standpunkt sowohl hinsichtlich der Schiedsmittel der Konferenz wie mit Bezug auf die Frage des Provisoriums dargelegt werden soll. Dieser Gedankengang fand auch von Seiten der Engländer offizielle Unterstützung.

Die französische Besetzung bedeutet nicht unsofortige Räumung.

Frankfurt a. M. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union aus zuverlässiger Quelle erählt, sind die Verträge zwischen der französischen Besetzung und den im Rheinland beschäftigten Angestellten und Arbeitern nicht, wie beobachtet zum 1. Oktober gekündigt, sondern weiter verlängert worden und zwar bei einem Teil der in Frage kommenden Personen zunächst bis zum 1. April 1930.

Kein italienischer Bericht auf die deutsche Garantie.

Rom. Die „Agencia di Roma“ bestätigt die Gerüchte, die über die englisch-italienischen Verhandlungen aufgetaucht sein sollen und die besagen, Italien wolle auf die deutschen Garantien seiner Kriegsbeschädigungen zugunsten des Youngplanes verzichten. Italien denkt nicht an die Revision des Londoner Paktes, denn die Frage des Youngplanes sei eine Kollektivangelegenheit, die nicht eine Sonderbehandlung finden könne.